

Kopie an: Herrn Direktor Jolles

Bern, den 30. Januar 1973

N o t i z an Herrn Professor Jacobi

Schä/kü.Pak.842.9.AVA

Pakistan - Drugs (Generic Names) Act, 1972

Ich möchte versuchen, nachstehend kurz die Hintergründe und Tragweite des neuen Heilmittelgesetzes in Pakistan zu beleuchten:

1. Politische Konstellation in Pakistan

Am 7. Dezember 1970 erhielt die im Frühjahr 1968 vom jetzigen Staatspräsidenten Bhutto gegründete Pakistan People's Party (PPP) bei den Wahlen zur Nationalversammlung 87 von 144 west-pakistanischen Mandaten. Nach der Sezession Ostpakistans wurde die PPP die stärkste Partei Pakistans.

2. Gesundheitsminister Rashid, Verhältnis zu Staatspräsident Bhutto

Minister Rashid ist der Exponent des linken Flügels der sich bereits sozialistisch gebenden PPP. Er wurde in das Kabinett berufen, um Bhutto die Unterstützung des linken Flügels seiner Partei zu sichern. Im Verlauf der letzten Wochen soll Bhutto allerdings versucht haben, sich von "linksaussen" zu lösen, um sich der Mitte seiner Partei zu nähern. Angesichts Bhutto's sehr ausgeprägter Eigenschaft, sich wechselnden Verhältnissen anzupassen, fällt ein Urteil schwer, ob er einen bleibenden Wandel vorgenommen hat.

Mit seinem Einsatz für das neue Gesundheitsgesetz hat sich Rashid im Kabinett isoliert. Eine Anzahl Minister sowie hohe Beamte des eigenen Ministeriums kritisieren ihn zum Teil offen.

3. Die wesentlichen Punkte des "Drugs (Generic Names) Act, 1972"

Das Gesetz, das am 22.9.1972 von der Nationalversammlung angenommen wurde, bestimmt:

- nach dem 23.12.1972 dürfen nur noch die im "National Formulary" aufgeführten Heilmittel im Lande selber hergestellt und importiert werden; die Einfuhr und lokale Herstellung unter dem Handelsnamen ist untersagt.
- nach dem 31.3.1973 ist der Verkauf und die Lagerung von Medikamenten unter dem Handelsnamen untersagt; der Verkauf der im "National Formulary" aufgeführten Produkte ist einzig unter dem "generic name" zugelassen.
- auf Grund von Artikel 13 können Ausnahmen von der Pflicht zum Import oder der lokalen Herstellung unter dem "generic name" zugestanden werden. Die am 9.12.1972 veröffentlichte "Ausnahmeliste" enthält 201 Produkte, wovon 143 Heilmittel.

4. Die Auswirkungen auf schweizerische Firmen

Von den für Medikamente zugestandenen 143 Ausnahmen entfallen nur 6 auf schweizerische Hersteller - 3 auf Sandoz und 3 auf Hoffmann - La Roche. Während diese 3 Produkte bei Sandoz lediglich einen kleinen Anteil des Umsatzes ausmachen, stellen die 3 Ausnahmen zugunsten von Roche etwa 50 % der Verkäufe in Pakistan dar.

Von den schweizerischen Pharmaherstellern betreiben Sandoz und Ciba-Geigy eigene Fabrikationsstätten in Pakistan.

5. Bisherige Reaktion der Pharmaindustrie

Die sich stellenden Probleme wurden innerhalb der "Pakistan Pharmaceutical Manufacturers' Association" (PPMA), der "Interpharma", sowie der "International Federation of Pharmaceutical Manufacturers Associations" (IFPMA) erörtert.

- 3 -

Anfänglich wurde versucht, innerhalb der IFPMA eine einheitliche Front gegen das neue Gesetz aufzubauen. Dieser Versuch schlug jedoch bald fehl, nachdem Firmen wie "Pfizer" und "Glaxo" nicht mitzumachen bereit waren, angeblich um ihre Investitionen in Pakistan vor Schaden zu bewahren. Noch vor kurzem teilte mir Herr Dr. Ulrich von der Schweiz. Gesellschaft für Chemische Industrie mit, eine verhältnismässig grosse Zahl von lokalen Herstellern habe begonnen, unter "generic names" zu produzieren und zu verkaufen.

Die betroffenen schweizerischen Firmen erklärten bisher, nicht bereit zu sein, in Pakistan - das für sie einen relativ unbedeutenden Markt darstellt - nachzugeben, um Rückwirkungen auf andere Märkte (in erster Linie in Südamerika) zu vermeiden.

Auf Grund eines Berichtes, den uns Botschafter Mallet nach seiner Dienstreise nach Karachi von Ende Januar 1973 zustellte, hat Ciba-Geigy ihre Fabrikationsstätten samt Maschinen an ein einheimisches Unternehmen weitervermietet; die Herstellung von Ciba-Geigy-Produkten soll demnächst eingestellt werden. Sandoz hat über die Weiterführung des Betriebes noch nicht entschieden.

Die Basler Firmen hoffen noch immer auf ein baldiges Ausscheiden von Minister Rashid aus dem Kabinett und damit auf eine Wiederherstellung der früheren Ordnung.

6. Unterstützung der schweizerischen Pharmafirmen durch die Botschaft in Islamabad

Wir haben von allem Anfang an die Dienste der Botschaft für eine Vermittlung zwischen unseren Firmen und dem Gesundheitsministerium offeriert. Leider kam jedoch kein konstruktiver Dialog zustande, da sich Minister Rashid kategorisch weigerte, mit Vertretern der Herstellerfirmen zusammenzukommen. In seiner Isolation reagiert Minister Rashid sehr empfindlich

- 4 -

auf Interventionen ausländischer Interessen. Die anfänglich verfolgte Idee einer gemeinsamen Demarche (USA, GB, BRD, CH) bei Staatspräsident Bhutto wurde wegen mangelnder Solidarität wieder fallen gelassen.

Wir haben Botschafter Mallet instruiert, bei jeder sich bietenden Gelegenheit im Gespräch mit Regierungsvertretern auf die sehr negativen Auswirkungen des neuen Heilmittelgesetzes auf das Investitionsklima auch pharmafremder Branchen hinzuweisen.

Es scheint, dass die Mehrheit der Kabinettsmitglieder sachlich das neue Gesetz verurteilt. Aus innenpolitischen Rücksichtnahme kann man sich jedoch vorderhand des Gesundheitsministers nicht entledigen.

Schä